



Basel will keine Schwulentherapien

Trotz Gegenwind aus Bern: Die Basler Regierung hofft auf das baldige Aus von Konversionstherapien.



Küssen erlaubt: Ein Verbot soll Homosexuelle vor dubiosen Therapien schützen.

Bild: Key/Boris Pejovic



Mélanie Honegger

Es war ein Affront, der schweizweit für Schlagzeilen sorgte: Die Baselbieter EVP-Ständeratskandidatin Elisabeth Augstburger sorgte im Juni mit ihrer Bemerkung in der «Basler Zeitung» über sogenannte Konversionstherapien für Homosexuelle für Empörung. Die Therapien verfolgen das Ziel, Homo- zu Heterosexuellen umzuerziehen. Eine Therapie könne helfen, sofern der oder die Betroffene das wolle, sagte Augstburger damals. Für junge Homosexuelle, die an solche dubiosen Heiler gelangen, werden die Therapien allerdings meist zur Belastungsprobe. Betroffene sprechen von einem enormen Druck, sich entgegen den eigenen Gefühlen anders verhalten zu müssen.

Inzwischen hat sich Augstburger von ihren damaligen Aussagen distanziert. Dennoch möchte der Kanton Basel-Stadt jetzt genau gegen solche Angebote vorgehen, die häufig im freikirchlichen Umfeld zu finden sind. In seiner Antwort auf einen Vorstoss von SP-Grossrätin Michela Seggiani schreibt der Regierungsrat, er «setze sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für ein entsprechendes Verbot auf nationaler Ebene ein». Einem Verbot im Strafrecht würde die Basler Regierung eine «gesellschaftspolitische Signalwirkung» beimessen. Stadtentwickler Lukas Ott erklärt: «Ein Verbot würde den Behörden den Auftrag geben, solche Machenschaften zu untersuchen, und es würde Sanktionen ermöglichen, die es heute nicht gibt.»

Trotz Kritik an Therapien: Bundesrat will kein Verbot

Mit ihrem klaren Votum stellt sich die Basler Regierung gegen den Entscheid des Bundesrates, der erst vor einem Monat eine Stellungnahme zum Thema veröffentlichte. «Ein Verbot sogenannter «Therapien» ist nicht möglich», schrieb die Bundesregierung als Antwort auf die Motion der Zürcher «Ein Verbot würde Sanktionen ermöglichen, die es heute nicht gibt.»

Lukas Ott

Leiter Stadtentwicklung

BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, die ebendies forderte. Es bestünden auf Bundesebene keine bereichsspezifischen Gesetzgebungen, in die ein entsprechendes Verbot integriert werden könnte, weshalb er die Ablehnung der Motion beantrage. Die Abstimmung im Parlament steht noch aus. Doch für Seggiani klar: «Der Bundesrat sendet mit seiner Stellungnahme das falsche Signal aus.» Anders sehe es bei der Basler Regierung aus, die aktiv für Vielfalt einstehe.

Doch die Regierungsantwort aus Basel zeigt auch: Da die ominösen Behandlungen häufig im geschlossenen Rahmen stattfinden, verfügt der Kanton nicht über verlässliche

Daten. «Dass keine konkreten Fälle bekannt sind, zeigt, dass es hier ein Manko gibt», sagt Seggiani. Gerade Zahlen und Fakten seien aber nötig, um gegen die Therapien vorzugehen.

Die Grossrätin hofft nun auf die Annahme der Vorstösse von Parteikollegin Sarah Wyss und der ehemaligen Grünen-Grossrätin Nora Bertschi. Diese fordern eine Statistik über Aggressionen gegenüber sexuellen Minderheiten und die Schaffung einer Anlaufstelle für Betroffene.

Basler Anlaufstelle ist bereits in Planung

Trotz der Vorstösse wird Seggiani nun selbst aktiv. Gemeinsam mit Johannes Sieber von GayBasel will sie eine Anlaufstelle für sexuelle Minderheiten schaffen. Sieber kennt die Problematik aus seiner Arbeit mit Betroffenen. Dass die sexuelle Orientierung nicht gegeben, sondern eine Wahl und darum veränderbar sei, sei ein Irrtum, der vielen schwierigen Coming-outs zugrunde liege, so Sieber. «Menschen mit unterschiedlichsten Biografien melden sich bei GayBasel, auch solche, die meinen, sich verändern zu müssen und Versuche in diese Richtung unternommen haben.» Mit ihrem Angebot möchten Sieber und Seggiani vor allem sensibilisieren. Noch befinden sie sich in der Planungsphase des «Regenbogenbüros», ihre Räumlichkeiten haben sie aber bereits bezogen. Und auch der Kanton könnte sich künftige Aufklärungskampagnen vorstellen. Aktuell sei zwar noch nichts



Konkretes geplant, da nicht klar sei, wie künftig die rechtlichen Grundlagen aussehen würden, so Ott.

Sicher ist nur: Die Hoffnung auf ein Verbot ist gross. Unterstützt wird das Anliegen selbst von der Basler EVP. Diese äussert sich eindeutig. Man distanzieren sich klar von Konversions-therapien, sagt Präsidentin Brigitte Gysin. «Ein Verbot wäre zu begrüssen.»